

WELT  ONLINE

URL: <http://www.welt.de/politik/article2803255/SPD-Politiker-fordern-erneut-Ypsilantis-Ruecktritt.html>

Hessen

SPD-Politiker fordern erneut Ypsilantis Rücktritt

29. November 2008, 14:50 Uhr

Der Druck auf die hessische SPD-Chefin Andrea Ypsilanti wächst. Weil angeblich viele Mitglieder die Partei verlassen, haben teils prominente SPD-Politiker erneut den Rücktritt Ypsilantis verlangt. Für die vier Abweichler, die einen Machtwechsel in Hessen verhindert haben, gibt es inzwischen Ersatz.



Foto: AP

Weiterhin unter Beschuss: Hessens Ober-Sozialdemokratin Andrea Ypsilanti

In der hessischen SPD sind erneut Rücktrittsforderungen gegen Parteichefin Andrea Ypsilanti laut geworden. Nach Berichten des „Darmstädter Echo“ und der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ forderten 16 teils prominente Sozialdemokraten die Spitzenfrau und den gesamten Landesvorstand zum Rücktritt auf. Erst ein neu gewählter Vorstand könne politisches Vertrauen zurückgewinnen. Unterzeichner sind unter anderem der Darmstädter OB Walter Hoffmann, der frühere Innenminister Gerhard Bökel und Bundesverfassungsschutz-Chef Heinz Fromm.

„Verlässlichkeit und Vertrauen“ könnten erst wieder hergestellt werden, wenn Ypsilanti „den Weg für einen Neubeginn frei macht und durch einen neu gewählten Landesvorstand eine Basis für die Rückgewinnung politischen Vertrauens geschaffen wird“, zitiert das Blatt die Unterzeichner. Austritte und öffentliche Überlegungen langjähriger Parteimitglieder, die SPD zu verlassen, seien „alarmierend“.

Unterdessen legten die Parteigremien in Südhessen und Marburg- Biedenkopf die letzten Nachfolger für die vier Landtagsabgeordneten fest, die Ypsilantis Wahl zur Ministerpräsidentin verhindert hatten. Damit ist klar, dass keiner der vier Abweichler für die SPD wieder in den Landtag einzieht, der am 18. Januar gewählt wird. Dies gilt auch für die Darmstädter Abgeordnete Dagmar Metzger, die von Anfang an offen die Tolerierung einer rot-grünen Minderheitsregierung durch die Linke abgelehnt hatte. Die drei anderen Parlamentarier Jürgen Walter, Carmen Everts und Silke Tesch hatten mit Bökels Unterstützung ihre abweichende Meinung erst am Tag vor dem geplanten Wahlgang publik gemacht.

Nach dem Willen des SPD-Unterbezirks Darmstadt-Dieburg geht die 44 Jahre alte Astrid Starke, als Nachfolgerin von Dagmar Metzger, bei der Landtagswahl am 18. Januar in das Rennen um das Direktmandat im Wahlkreis 50. Die Nominierung kam nach Angaben eines Parteisprechers am Samstag ohne Gegenkandidatur zustande.

Vor zwei Wochen hatte Metzger erklärt, nicht erneut kandidieren zu wollen und dies unter anderem mit Angriffen aus der Partei auf ihre Person sowie die fehlende Erneuerung begründet. Bei der vorangegangenen Wahl hatte sie die parteiinterne Auswahl gegen Starke gewonnen.

Der frühere Parteichef und Spitzenkandidat Bökel bestätigte, dass er den Aufruf unterzeichnet hat, wollte ihn aber nicht weiter kommentieren. Der Darmstädter Bürgermeister und Unterbezirkvorsitzende Wolfgang Glenz widersprach der Darstellung, dass er ebenfalls unterschrieben habe. Dafür sei im Wahlkampf keine Zeit, sagte er am Samstag. „Papiere und Gegenpapiere helfen uns nicht weiter.“ Allerdings hätte er sich nach dem Wiesbadener Desaster auch einen kompletten Neuanfang gewünscht.

In dem Aufruf wird gefordert, die Schiedsverfahren gegen die Parteirebellen bis nach der Wahl ruhen zu lassen. Bis zur grundsätzlichen Klärung des Verhältnisses zur Linken herrschten auch künftig Misstrauen und Verunsicherung, heißt es weiter. „Für die Sozialdemokratie in Hessen kann deshalb Verlässlichkeit und Vertrauen erst dann wieder gewonnen werden, wenn die Landesvorsitzende den Weg für einen Neubeginn frei macht“, zitierte das „Darmstädter Echo“ aus dem Papier.

SPD-Sprecher Frank Steibli sagte in einer ersten Reaktion, dass sich die SPD mit der gewählten Mannschaft nun auf den Wahlkampf konzentriere. Die Partei habe sich am 8. November mit dem Spitzenkandidaten Torsten Schäfer-Gümbel und Andrea Ypsilanti als Fraktions- und Parteichefin neu aufgestellt. Er bitte alle Sozialdemokraten, am Wahlkampf teilzunehmen.